

Peiner Allgemeine

ZEITUNG

www.paz-online.de

SAMSTAG, 21. NOVEMBER 2020 | NR. 272 | 172. JAHRGANG | 2,00 €

PARTNER IM REDAKTIONSNETZWERK DEUTSCHLAND RND



CORONA IN PEINE
Schnelltests mit Fehlern

► SEITE 9



DUTTENSTEDT
Feuerwehr: Unfall in Bäckerei

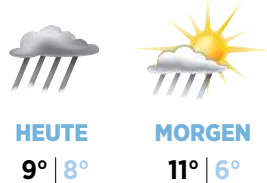
► SEITE 13

Impfzentrum soll in den Peiner UPP II kommen

Landkreis und Stadt favorisieren den Unternehmenspark an der Woltorfer Straße. Auch das Corona-Testzentrum soll dort seinen neuen Standort finden. Unterdessen wird der Autozulieferer Faurecia Mitte 2021 sein Büro im benachbarten UPP I schließen. ► SEITE 10



WETTER



HEUTE 9° | 8°
MORGEN 11° | 6°

PANORAMA

Kannibalismus war wohl Sexualmord

BERLIN. Bei dem möglichen Fall von Kannibalismus in Berlin geht die Staatsanwaltschaft von einem Sexualmord aus niedrigen Beweggründen aus. Der mutmaßliche Täter, ein 41-Jähriger, hatte im Internet zu Kannibalismus recherchiert und sich auch auf einer Datingplattform bewegt. Das 44-jährige Opfer, ein Monteur im Hochleistungsbau, wurde seit der Nacht zum 6. September vermisst. Später wurden Knochen gefunden.

WIRTSCHAFT

Handel hofft auf den Black Friday

DÜSSELDORF. Angesichts der Corona-Krise haben die Verbraucher in diesem Jahr einer Umfrage zufolge weniger Interesse an den Rabatttagen Black Friday und Cybermonday. Nur noch die Hälfte der Verbraucher plant laut einer Umfrage, an den beiden Shoppingtagen Ende November einzukaufen. Die Handel rechnet trotzdem mit einem Umsatz von 5,7 Milliarden Euro – ein neuer Rekordwert.

SO ERREICHEN SIE UNS

Post: Werderstraße 49, 31224 Peine
Aboservice: 0800 / 1234-912
vertrieb@paz-online.de
Anzeigen: 05171 / 406-155
anzeigen@paz-online.de
Redaktion:
redaktion@paz-online.de



Kanzleramt will in der Pandemie weitere Beschränkungen

Wegen steigender Corona-Zahlen sollen die Schulen in den Blick genommen werden

VON EVA QUADBECK UND DANIELA VATES

BERLIN. In der grassierenden Corona-Pandemie hat sich Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU) dafür ausgesprochen, beim nächsten Bund-Länder-Gipfel zur Corona-Krise weitere Beschränkungen zu beschließen und dabei vor allem die Schulen in den Blick zu nehmen.

„Was wir für den November beschlossen haben, hat die Infektionsdynamik gebrochen. Aber es hat noch nicht dazu geführt, dass die Zahlen nach unten gehen“, sagte Braun am Freitag dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). „Deswegen müssen wir sehen, wo wir weiter Kontakte

reduzieren können.“ Es gelte vor allem, die hohen Infektionsraten bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu senken. „Sie tragen wesentlich zur Verbreitung der Infektion bei“, sagte Braun. „Vor allem in weiterführenden Schulen muss alles getan werden, um Abstandsregeln einzuhalten“, sagte er. „Darüber wer-

den wir Mittwoch mit den Ministerpräsidenten sprechen.“

Braun schlug vor, ältere Schüler vermehrt zu Hause zu unterrichten und bei der Suche nach großen Unterrichtsräumen auch außerhalb der Schulgelände zu suchen. „In größeren Räumen lassen sich Abstandsregeln leichter einhalten. Wo es die in den Schu-

len nicht gibt, lässt sich in Bürgerhäuser und Kinosäle ausweichen. Ältere Schüler ließen sich ins Homeschooling schicken“, sagte Braun. Ausdrücklich betonte der Kanzleramtsminister, dass am Inzidenzwert von 50 Neuinfektionen in sieben Tagen pro 100.000 Einwohner als Orientierungsmarke für eine Lockerung der aktuellen Beschränkungen weiter festgehalten werden solle. „Der bleibt unser Ziel“, sagte der CDU-Politiker.

Zugleich mahnte der Chef des Kanzleramtes die Bevölkerung zum Durchhalten. „Die Zahlen der verfügbaren Intensivbetten sinken. Die Todeszahlen steigen – auf derzeit 300 täglich“, so Braun.

Zweite Corona-Welle in Frankreich ebbt ab

Frankreich hat nach Ansicht der nationalen Gesundheitsbehörde den Höhepunkt an Neuinfektionen in der aktuellen Phase der Corona-Pandemie bereits hinter sich. „Auch wenn die Indikatoren auf hohem Niveau bleiben, legt ihre Beobachtung na-

he, dass der epidemiologische Spitzenwert der zweiten Welle überwunden wurde“, heißt es in einer Erklärung der Behörde vom Freitag. In der vergangenen Woche habe es einen Rückgang der positiven Tests um 40 Prozent gegeben.

Gibt es doch noch einen Brexit-Vertrag?

BRÜSSEL. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sieht wichtige Fortschritte in den Verhandlungen mit Großbritannien über einen Handelspakt für die Zeit nach dem Brexit. „Nach schwierigen Wochen mit sehr langsamen Fortschritten sehen wir jetzt mehr Bewegung, das ist gut“, sagte von der Leyen am Freitag in Brüssel. Doch es herrsche großer Zeitdruck. „Es bleiben noch etliche Meter bis zur Zielinie.“ Man strebe so schnell wie möglich eine Einigung an, sagte ein britischer Regierungssprecher. Premier Boris Johnson hatte aber auch betont, dass man auf einen „No Deal“ gut vorbereitet sei. Das angestrebte Freihandelsabkommen soll am 1. Januar in Kraft treten. Weil ein Abkommen ratifiziert werden müsste, bleiben aber nur noch wenige Tage für eine Einigung.

„Gorch Fock“: Werft läuft auf Grund

Unternehmen wollte noch 10,5 Millionen Euro für die Schiffssanierung vom Bund

VON FRIEDEMANN KOHLER

BREMEN. In einem millionenschweren Streit über Sanierungskosten des Segelschiffs „Gorch Fock“ hat das Landgericht Bremen alle Ansprüche einer Werft abgewiesen. Die Bredo-Dockgesellschaft in Bremerhaven hatte vom Bund 10,5 Millionen Euro für Arbeit und Material gefordert, sie geht mit dem Urteil vom Freitag leer aus. Auch eine Gegenklage des Bundes wurde abgewiesen.

Dirk Harms, Bredo-Geschäftsführer, sagte, man werde prüfen, ob das Unternehmen in Berufung gehe. Auf seiner Werft war von 2015 bis 2019 an dem Marineschiff gearbeitet

worden. Der Bund vertrat vor Gericht die Auffassung, alle Rechnungen seien beim Generalauftragnehmer beglichen worden, der mittlerweile insolventen Elsflöther Werft. Niemand zahle zweimal für eine Leistung.

Der Zivilprozess in Bremen ist ein Nebenstrang bei der langwierigen und teuren Sanierung des 62 Jahre alten Dreimasters. Die Baukosten sind von geplant 10 Millionen Euro immer weiter gestiegen, bis die frühere Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) einen Deckel von 135 Millionen Euro festlegte.

Ein Subunternehmer trage das Risiko, wenn ein Hauptauftragnehmer insolvent werde,

sagte Gerichtssprecher Gunnar Isenberg zu dem Urteil. Deshalb sei die Klage der Werft abgewiesen worden. Auch die Gegenklage des Bundes sei nicht stichhaltig gewesen. Die Marine hatte 3,6 Millionen Euro Schadensersatz für Baupfusch auf der „Gorch Fock“ verlangt.

Seit Herbst 2019 hat nicht mehr die insolvente Werft in Elsflöth den Auftrag, die „Gorch Fock“ zu sanieren, sondern die Lürssen-Werft in Bremen. Das Schiff soll Ende Mai 2021 fertig werden. Die strafrechtliche Aufarbeitung der Sanierung läuft weiter. Es geht um Betrug, Untreue und Korruption. Der Gesamtkomplex zählt mehr als 100 Einzelverfahren.



Jetzt wechseln!

Kontoführungsgebühren?
Ist das euer Ernst?

#MeinKonto ist kostenlos!

Volksbank BraWo

25109602_002420